

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sparkurs der Bundesregierung gefährdet Arbeit der BAgIS und der Arge Jobcenter Bremerhaven

Die schwarz-gelbe Koalition hat im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 4.3.10 900 Mio. EUR Haushaltsmittel für den Bereich der Grundsicherung gesperrt. Dieser Betrag teilt sich auf in 600 Mio. EUR für Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, den sogenannten Arbeitsmarktprogrammen für Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen, und 300 Mio. EUR für Verwaltungs- und Personalkosten in den Jobcentern.

Die schwarzgelbe Bundesregierung macht damit deutlich, dass sie zwar Geld hat, um Hoteliers steuerlich zu entlasten, aber nicht ausreichend Geld zur Verfügung stellen will, um Arbeitslosen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dies ist in der Wirtschaftskrise mit ansteigenden Arbeitslosenzahlen besonders kontraproduktiv, da die Jobcenter mehr und nicht weniger Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Verursacht durch die lange CDU/FDP-Blockade einer Verfassungsänderung zugunsten der Jobcenter, sind diese in diesem Jahr zusätzlich unter erheblichen Zeitdruck geraten, sich verfassungskonform zu organisieren. Bis heute konnte die Bundesregierung keinen konsensualen Vorschlag für eine Verfassungsänderung zur Absicherung der Jobcenter vorlegen. Dies stellt eine besondere Herausforderung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern dar.

In der jetzigen Situation werden mehr Maßnahmen für Arbeitslose gebraucht und nicht weniger. Und es wird mehr Personal für die besondere Situation in den Jobcentern in diesem Jahr benötigt.

Darüber hinaus kann sich eine Kürzung nicht nur verheerend auf die Jobcenter auswirken, sondern auch auf die damit verbundene kommunale Arbeitsmarktpolitik und Landesarbeitsmarktpolitik.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hoch war das Ende Dezember 2009 von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Eingliederungs- und Verwaltungskostenbudget für die BAgIS und die Arge Jobcenter Bremerhaven?
2. In welcher Höhe hat sich das Eingliederungs- und Verwaltungskostenbudget nach dem Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages für die BAgIS und die Arge Jobcenter Bremerhaven reduziert?
3. Welche Konsequenzen haben diese Kürzungen auf die einzelnen Arbeitsmarktprogramme und deren Qualität der BAgIS und die Arge Jobcenter Bremerhaven? Welche Auswirkungen haben diese Kürzungen auf die Anzahl der Arbeitslosen, denen noch Angebote auf Teilnahme an den Arbeitsmarktprogrammen gemacht werden können? Welche Auswirkungen haben diese Kürzungen auf die Qualität der Angebote? In welchem Umfang

werden längerfristige Qualifizierungsangebote an Arbeitslose gekürzt oder eingestellt?

4. Welche Konsequenzen haben diese Kürzungen auf die Personalentwicklung bei der BAgIS und der Arge Jobcenter Bremerhaven?
5. Kann unter diesen Bedingungen das Ziel, die BAgIS und die Arge Jobcenter Bremerhaven bis zum Ende des Jahres vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils und der geplanten Verfassungsänderung zukunftsfähig aufzustellen, erreicht werden? Wenn ja, mit welchen Strategien und Instrumenten?
6. Welche Auswirkungen haben die Kürzungen der Arbeitsmarktprogramme bei der BAgIS und der Arge Jobcenter Bremerhaven auf die Arbeitsmarktprogramme des Landes Bremen im Rahmen von ESF und EFRE?

Silvia Schön, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN